
Refugees welcome! – Einer Politik der Abschottung und Ausgrenzung entschieden entgegnetreten

Es ist beeindruckend und bewegend: Tausende Menschen in Deutschland bereiten ankommenden Refugees ein herzliches Willkommen. Sie versuchen, das aufzufangen, was den öffentlichen Stellen oftmals so schwer fällt: spontane Nothilfe. Auch in Rheinland-Pfalz empfangen die Menschen die ankommenden Refugees mit offenen Armen, helfen beim Aufbau der Unterkünfte, begleiten sie zu Behördengängen oder leisten unbürokratische medizinische Hilfe, organisieren Sprachkurse und sammeln Sachspenden. Damit zeigen wir nicht nur, dass Refugees bei uns in Rheinland-Pfalz willkommen sind, sondern auch, dass Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung bei uns keinen Platz haben.

Derweil hat die Bundeskanzlerin wieder einmal in aller Ruhe beobachtet, wie sich die Stimmung entwickelt und sich dann, als es unausweichlich erschien, zu Wort gemeldet. Sie spielt ein doppeltes Spiel: Einerseits ist endlich ein Bemühen spürbar, die Aufnahme von Refugees halbwegs manierlich zu organisieren. Gleichzeitig geht die militärische Refugeesabwehr im Mittelmeer in eine neue Phase und auf europäischer Ebene wird auf Hochtouren verhandelt, um die „Festung Europa“ noch besser abzusichern und die Außengrenzen in Drittstaaten zu verlagern. Das aber wird nicht gelingen. Im Gegenteil ist diese Politik verantwortlich dafür, dass der Schrecken im Mittelmeer nicht enden wird. Die katastrophale Situation in ihren Heimatländern lässt den Menschen keine andere Wahl, als sich in Lebensgefahr zu begeben.

Das Dublin-System beruhte von Anfang an auf der Fehleinschätzung, man könne den an den EU-Außengrenzen liegenden Ländern die Aufnahme von Refugees allein überlassen und sich selbst aus der Verantwortung ziehen. Diese Strategie ist nun endgültig gescheitert und es ist offensichtlich, dass endlich legale Fluchtwege geschaffen werden müssen. Doch den Staaten der Europäischen Union fehlt der politische Wille, diesen Weg zu gehen. Wir werden nicht müde, dieses jämmerliche Versagen anzuprangern!

Die EU ist nicht nur eine Wirtschaftsunion, sondern auch eine politische Union. Jetzt kommt es darauf an, die europäische Idee von Solidarität und Menschenwürde hoch zu halten. Wir brauchen endlich eine gemeinsame europäische Refugeepolitik, die diesen auch Namen verdient. Wir sind als EuropäerInnen alle gemeinsam gefragt. Die Zivilgesellschaft führt den politisch Verantwortlichen vor, was das heißt. Jetzt müssen auch die Regierungen der EU ihre Asyl- und Einwanderungspolitik besser koordinieren.

Das Maßnahmenpaket, welches die Koalitionsspitzen am vergangenen Wochenende ausgehandelt haben, macht deutlich: Die Bundesregierung gedenkt nicht, ihre bisherige Politik wirklich zu ändern. Denn es ist äußerst fragwürdig: Zwar sollen die Kommunen mehr Geld bekommen und man versucht, mit Notfallmaßnahmen die Situation zu kontrollieren. Doch gleichzeitig sollen Sachleistungen für Refugees forciert, die Residenzpflicht soll wiedereingeführt und weitere Länder zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden.

Somit trägt das Maßnahmenpaket eine deutliche Handschrift vor allem derer in CDU und CSU, die sich einer humanen Refugeepolitik in den Weg stellen und eine Politik der Abschottung und Ausgrenzung forcieren.

Nötig aber wäre stattdessen: Sinnloses abschaffen und Sinnvolles einführen. Das Asylbewerberleistungsgesetz gehört abgeschafft, damit Refugees direkten Zugang zu Sozialleistungen und einer menschenwürdigen Gesundheitsversorgung haben. Bis dahin würde es mittelfristig schon viel helfen, die Gesundheitskarte für AsylbewerberInnen einzuführen und Sachleistungen abzuschaffen.

Die Residenzpflicht muss abgeschafft werden, die Zeit in der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende möglichst kurz sein – statt sie auf sechs Monate auszuweiten – und die Kommunen müssen dauerhaft finanziell entlastet werden.

Vor allem aber gilt für uns GRÜNE: Das Recht auf Asyl ist ein unverrückbares Grundrecht. Auch in den vermeintlich sicheren Herkunftsstaaten werden Menschen politisch verfolgt. Die pauschale Behandlung aller Asylbegehrenden eines Staates ist daher menschenverachtend. Deshalb müssen die Regelungen zu sicheren Herkunftsstaaten abgeschafft werden.

Wir fordern den Landesvorstand und die Landtagsfraktion auf, ihren Einfluss auf die rot-grüne Landesregierung geltend zu machen und dafür zu sorgen, dass im Bundesrat keiner Initiative der Bundesregierung zugestimmt wird, die eine Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten vorsieht. So etwas ist mit uns nicht zu machen.